

Hermann Dietrich – Bürger der Weimarer Republik

1. Leitfragen

Das im folgenden vorgestellte Dissertationsprojekt hat einen der prominentesten liberalen Politiker der Weimarer Republik zum Gegenstand. Hermann Dietrich (1879-1954) begann seine Laufbahn als nationalliberaler Bürgermeister von Kehl (1908-1914) und Konstanz (1914-1919). 1918 schloß er sich der DDP an, war bis 1920 badischer Minister des Auswärtigen und seit 1919 Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstages. Den Höhepunkt seiner Karriere erreichte er als Ernährungsminister im Kabinett der Großen Koalition (1928-1930) und als Finanzminister und Vizekanzler im Kabinett Brüning (1930-1932). Ab 1930 war er zudem Vorsitzender der Deutschen Staatspartei (DStP).¹

Als Untersuchungsobjekt für die Weimarer Zeit zeichnet sich Dietrich durch ein hohes Maß an Kontinuität aus. Bis zum Jahr 1933 war er in seinen wichtigen Handlungsfeldern durchgehend präsent. Nicht zuletzt trifft das, wie bei kaum einem anderen prominenten Liberalen, auf die Spitzenpolitik zu. Das Projekt möchte aber nicht nach dem Muster einer „politischen Biographie“ verfahren, sondern kultur-, sozial- und ideengeschichtliche Fragestellungen aufgreifen. Über einen „multiperspektivischen“² Ansatz soll die Person Dietrichs als Ganzes in den Blick genommen und eine bürgerlich-liberale Existenz in der Weimarer Republik in ihren verschiedenen, gleichwohl einander überschneidenden Dimensionen untersucht werden. Die Verflechtung Dietrichs mit den politischen Ereignissen und seine Amtstätigkeit als Minister in Baden und im Reich können nicht außer acht bleiben. Auf seine Aktivität als Bürgermeister von Kehl und Konstanz ist ebenfalls kurz einzugehen. Dietrich soll jedoch nicht isoliert als Politiker, als Staatsbürger betrachtet

1 Den besten biographischen Überblick bietet Jürgen Frölich: „He served the German people well“. Der politische Weg Hermann Dietrichs vom badischen Nationalliberalen zum baden-württembergischen Freien Demokraten. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 153 (2005), S. 619-640; die einzige Monographie über Dietrich stammt aus dem Jahr 1966. Im Mittelpunkt stehen dabei Dietrichs politische Tätigkeit als Reichsminister bzw. Details seiner Agrar- und Finanzpolitik: Adelheid von Saldern: Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik. Boppard 1966.

2 Christian Meier: Von der Schwierigkeit, ein Leben zu erzählen. Zum Projekt einer Caesar-Biographie. In: Jürgen Kocka/Thomas Nipperdey (Hrsg.): Theorie und Erzählung in der Geschichte. München 1979, S. 229-258, hier S. 230.

werden, sondern es gilt, seinen beruflichen Lebensinhalt mit den anderen Facetten seines bürgerlichen Daseins in Beziehung zu setzen. Über die Analyse eines Lebens hinaus, das schon für sich genommen interessant ist, ist es das Ziel, „die Verflechtung eines individuellen Lebens mit seinem historischen Umfeld ausschnittsweise aufzuklären.“³ Indem Dietrich in seinen verschiedenen Rollen als Repräsentant Weimarer Kultur betrachtet wird, soll der biographische Ansatz die ältere Weimar-Forschung mit neueren kulturgeschichtlichen Fragestellungen verknüpfen.

Zum einen geht es darum, Dietrichs bürgerliche Sozialisation und Lebenswelt zu rekonstruieren. Welchen sozioökonomischen Gruppierungen waren seine Verwandten, Freunde und Bekannten zuzurechnen? Welche Erfahrungen und Wahrnehmungen bestimmten sein Denken und Handeln? Wie stand er der modernen Gesellschaft und dem Weimarer Staat gegenüber? Zum anderen steht Dietrich als politischer Akteur im Blickpunkt. In welchen Netzwerken agierte er, über welche persönlichen Verbindungen verfügte er? Auf welche Weise verfolgte er seine Zielsetzungen? Wie gestaltete sich sein Alltag als Politiker?

2. Zum Stand der Forschung

Das Forschungsinteresse an der Weimarer Republik hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Im Fokus stehen nicht mehr so sehr das Scheitern der parlamentarischen Demokratie und das Jahr 1933, wie es bis in die 1990er Jahre der Fall war. Statt dessen ist die „Polyvalenz und Offenheit der Weimarer Kultur, Politik und Gesellschaft“⁴ in den Mittelpunkt gerückt. Vermehrt haben sich Historiker dabei kulturgeschichtlichen Ansätzen zugewandt und diese auch auf das Gebiet der Politikgeschichte ausgedehnt. Das methodische Konzept einer „Kulturgeschichte der Politik“⁵ zeichnet sich unter anderem dadurch aus, daß es einerseits Zugang zu einer Vielfalt neuer

3 Margit Szöllösi-Janze: Fritz Haber. 1868-1934. Eine Biographie. München 1998, S. 14; zur biographischen Methode im allgemeinen: Wolfram Pyta: Biographisches Arbeiten als Methode. In: Christian Klein (Hrsg.): Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien. Stuttgart u. a. 2009, S. 331-338; Cornelia Rauh-Kühne: Das Individuum und seine Geschichte. Konjunkturen der Biographik. In: Andreas Wirsching (Hrsg.): Oldenbourg Geschichte Lehrbuch. Neueste Zeit. München 2006, S. 215-232.

4 Andreas Wirsching: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft. 2. Aufl. München 2008, S. 120.

5 Thomas Mergel: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik. In: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 574-606; ebenso wird auch von „politischer Kulturgeschichte“ und „neuer Politikgeschichte“ gesprochen: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900-1933. München 2007; Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung. Frankfurt a. M. 2005.

Themen bietet und daß andererseits alte Forschungsgebiete einem ergiebigen Perspektivenwechsel unterzogen werden können. Gleichzeitig haben sich die Untersuchungszeiträume ein Stück weit von den Epochengrenzen 1918 und 1933 gelöst, die in erster Linie politische, nicht unbedingt kulturelle Zäsuren darstellen.⁶

Diese Entwicklung hat sich bislang auf manchen Gebieten nicht oder kaum bemerkbar gemacht. So ist die Geschichte des Bürgertums im 20. Jahrhundert weiterhin als ein „Stiefkind der Forschung“ zu bezeichnen.⁷ Politische Zäsuren, das mit dem Jahr 1933 und der folgenden nationalsozialistischen Herrschaft verbundene Verdikt des „Versagens“ des Bürgertums sowie zeitgenössische Krisenwahrnehmungen haben der Historiographie ihren Stempel aufgedrückt und das Bild eines kontinuierlichen Niedergangs gezeichnet. Die sozial- und kulturgeschichtliche Bürgertumsforschung zum 20. Jahrhundert nimmt sich gegenüber den zahlreichen Studien, die das als eigentlich „bürgerliches Zeitalter“ angesehene 19. Jahrhundert behandeln, äußerst bescheiden aus.⁸ Selbst wenn man von einer „Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert“ ausgeht,⁹ wären ausführliche Analysen über das Jahr 1918 hinaus durchzuführen. Schließlich steht die Existenz des Bürgertums als sozialer und kultureller Formation in der Weimarer Republik außer Frage. Darüber hinaus wurde wiederholt dafür plädiert, bei allen politischen Zäsuren und dem bürgerlichen „Krisengerede“ in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts langfristige, bis in die Gegenwart reichende Kontinuitäten nicht aus dem Blick zu verlieren, und deshalb besser von einem „stete[n] Formwandel“ als von einer „Auflösung“ des Bürgertums auszugehen.¹⁰

Ein weiteres Themenfeld, das in mancherlei Beziehung vernachlässigt worden ist und angesichts des neuen Forschungstrends Aufmerksamkeit verdient, stellt der Liberalismus in der Weimarer Republik dar. Die bisherige,

6 Hardtwig, Ordnungen (wie Anm. 5); Ders. (Hrsg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939. Göttingen 2005; die Mehrheit der Beiträge in den beiden Sammelbänden bleibt allerdings am Zeitrahmen der Weimarer Republik orientiert.

7 So das Fazit im Forschungsüberblick von Horst Möller: Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918. In: Lothar Gall (Hrsg.): Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert. München 1997, S. 293-342, Zitat S. 293.

8 S. auch Andreas Schulz: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert. München 2005, S. 54 f. u. 76-85.

9 Hans Mommsen: Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987, S. 288-315; s. auch M. Rainer Lepsius: Bürgertum als Gegenstand der Sozialgeschichte. In: Ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze. Göttingen 1993, S. 289-302.

10 Klaus Tenfelde: Stadt und Bürgertum. In: Ders./Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Wege zur Geschichte des Bürgertums. Göttingen 2005, S. 317-353, Zitate S. 329 u. 340; s. auch die Einführung in Peter Lundgreen (Hrsg.): Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997). Göttingen 2000, S. 13-39, hier S. 34-39.

weitgehend parteigeschichtlich angelegte Forschung hat viele Fragen offengelassen.¹¹ Während die älteren Arbeiten zur DDP auf Reichsebene sich teilweise überschneiden, gibt es kaum Untersuchungen, die etwa die lokale und die Länderebene¹² oder bestimmte Politikfelder behandeln. Zudem mangelt es an Detailstudien, die in einer gewissen Unabhängigkeit von Parteigrenzen operieren. Beispielsweise ist den bürgerlich-liberalen Sammlungsbestrebungen wie der „Liberalen Vereinigung“ wenig Beachtung zuteil geworden.¹³ Ebenso hat das liberale Staatsverständnis und die zwiespältige Haltung vieler Liberaler gegenüber der Republik nur in Ansätzen Berücksichtigung gefunden.¹⁴ Vor allem aber tritt in der bisherigen Liberalismusforschung die Rolle des einzelnen politischen Akteurs nur am Rande in Erscheinung. Netzwerke liberaler Politiker in der Weimarer Republik sind bislang spärlich erforscht,¹⁵ und die bisher entstandenen Biographien über Spitzenpolitiker der

- 11 Vgl. Möller, Bürgertum (wie Anm. 7), S. 330-342; zur DDP z. B.: Werner Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924-1930. München 1978; Hartmut Schustereit: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919-1930. Düsseldorf 1975; zur wenig beachteten Geschichte der – von Dietrich geführten – DStP noch immer Erich Matthias/Rudolf Morsey: Die Deutsche Staatspartei. In: Dies. (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente. Düsseldorf 1960, S. 29-97; zur DVP s. Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002.
- 12 Zur preußischen DDP: Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918-1933. Düsseldorf 1994.
- 13 Besonders Larry Eugene Jones hat sich mit den Versuchen, eine neue Partei der „Mitte“ ins Leben zu rufen, befaßt. Im Vordergrund stehen dabei wiederum die beiden liberalen Parteien, ihr Führungspersonal und die politische Ereignisgeschichte, während die vielfältige Diskurslandschaft oder das Beziehungsgeflecht im Umkreis der Liberalen Vereinigung kaum berücksichtigt worden sind: Larry Eugene Jones: „The Dying Middle“: Weimar Germany and the Failure of Bourgeois Unity, 1924-1930. Diss. Madison, Wisc. 1970; Ders.: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918-1933. Chapel Hill u. a. 1988.
- 14 Z. B. Jürgen C. Heß: Wandlungen im Staatsverständnis des Linksliberalismus der Weimarer Republik 1930 bis 1933. In: Karl Holl (Hrsg.): Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation. Göttingen 1978, S. 46-88; Ders.: Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland. Stuttgart 1973; Thomas Hertfelder: „Meteor aus einer anderen Welt“. Die Weimarer Republik in der Diskussion des Hilfe-Kreises. In: Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.): Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft. Stuttgart 2008, S. 29-55.
- 15 Knappe Analysen liberaler Netzwerke im Dritten Reich, in denen auch Dietrich eine Rolle spielte, bieten Eric Kurlander: Living with Hitler. Liberal Democrats in the Third Reich. New Haven u. a. 2009, S. 24-32, sowie Elke Seefried: Einführung. In: Theodor Heuss. In der Defensive. Briefe 1933-1945. Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried. München 2009, S. 15-70, hier S. 55-61; den „Hilfe-Kreis“ in der Weimarer Republik untersucht Hertfelder, Meteor (wie Anm. 14).

DDP bewegen sich hauptsächlich im Rahmen der klassischen Politikgeschichte.¹⁶ Gerade die Beschäftigung mit einzelnen Persönlichkeiten ist aber geeignet, unser Wissen über den Liberalismus zu erweitern.

Nicht nur die ältere Forschung tendiert häufig dazu, Parteien als relativ klar definierbare Einheiten zu behandeln und dadurch die vielfältigen politischen Positionen in der Weimarer Republik so zu kategorisieren, daß grobe Vereinfachungen entstehen.¹⁷ Demgemäß ist die verbreitete Bezeichnung der DDP als „linksliberale“ Partei problematisch – schon deshalb, weil sie nicht einfach die Fortsetzung der Fortschrittlichen Volkspartei des Kaiserreiches war und erheblichen Zuzug von den Nationalliberalen erhalten hatte.¹⁸ Besonders im Hinblick auf den politischen Liberalismus, der ebenfalls überwiegend unter der Perspektive seines Scheiterns betrachtet worden ist, sind im Sinne der neueren Forschung die Merkmale „Polyvalenz und Offenheit“ hervorzuheben.

3. Erste Befunde

Im Idealfall kann die biographische Methode dazu dienen, „der Totalität des Wirklichen in der Geschichte nahezukommen“.¹⁹ Dies ist freilich nur in Grenzen zu erreichen, da nicht alle Facetten eines Lebens(abschnitts) berücksichtigt werden können und die historische Analyse durch Lücken in der Überlieferung beeinträchtigt wird.²⁰ Der Grad der möglichen Annäherung ist im Fall von Dietrich als außergewöhnlich hoch zu veranschlagen: Der im Bundesarchiv Koblenz verwahrte Nachlaß bietet dank seiner Qualität und Größe fast alleine eine ausreichende Quellenbasis für ein biographisches Unterfangen, das sich auf die Weimarer Republik konzentriert. Den Großteil

16 Z. B. Gerhard Papke: Der liberale Politiker Erich Koch-Weser in der Weimarer Republik. Baden-Baden 1989; Axel Kellmann: Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Berlin 2007.

17 Unscharfe Generalisierungen, nicht zuletzt im Hinblick auf die DDP, neuerdings z. B. bei Peter Behrendt: Die Debatten um Altersgrenzen in der Weimarer Republik. In: Frevert u. a., Neue Politikgeschichte (wie Anm. 5), S. 202-240, hier bes. S. 205-216.

18 Vgl. Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972, bes. S. 45-88; kritisch zur Gleichsetzung von DDP und Linksliberalismus schon Konstanze Wegner: Literaturbericht. Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik. In: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 120-137, hier S. 120.

19 Hagen Schulze: Die Biographie in der „Krise der Geschichtswissenschaft“. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 29 (1978), S. 508-518, hier S. 516.

20 Vgl. Szöllösi-Janze, Haber (wie Anm. 3), S. 12; Andreas Gestrich: Einleitung: Sozialhistorische Biographieforschung. In: Ders./Peter Knoch/Helga Merkel (Hrsg.): Biographie – sozialgeschichtlich. Göttingen 1988, S. 5-28, hier S. 21 f.

des Bestandes macht eine ebenso umfang- wie inhaltsreiche Korrespondenz aus.²¹

In hohem Maße geben die Archivalien in Dietrichs Nachlaß Einblick in seine materielle Existenz, seine „Lebensführung“, deren Analyse aufschlußreich ist.²² Als seine erste Frau Elisabeth Trick, die Tochter eines Kehler Zellstofffabrikanten, 1921 starb, erbte Dietrich ein beträchtliches Vermögen. Damit befand er sich in einer komfortablen finanziellen Lage, die es ihm ermöglichte, einen großzügigen bürgerlichen Lebensstil zu pflegen. Dennoch war selbst er direkt von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen, welche die Weimarer Republik andauernd begleiteten. Auch in den stabileren Jahren zwischen Inflation und Weltwirtschaftskrise blieben die Erträge aus seinen Kapitalanlagen so weit hinter den Erwartungen zurück, daß er ständig mit Bankschulden zu kämpfen hatte. Ungleich gravierender wirkte sich die wirtschaftliche Misere auf Dietrichs Umwelt aus. Mehrere Verwandte litten seit 1924 unter dem angespannten Arbeitsmarkt. Insbesondere drei seiner vier Geschwister und deren Familien waren fortwährend auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Außerdem gingen Dietrich aus seinem Freundes- und Bekanntenkreis unzählige Bittschriften zu, die auf die Verschaffung einer Anstellung oder die Gewährung von Darlehen abzielten. Während Dietrich den „Kernen des Bürgertums“ – als Sohn eines Pfarrers und studierter Jurist dem Bildungsbürgertum, als Kapitalbesitzer und Fachmann in der betriebswirtschaftlichen Praxis dem Wirtschaftsbürgertum – zuzurechnen ist, waren unter seinen Verwandten, Freunden und Bekannten ganz verschiedene bürgerliche Berufsgruppen vertreten.²³ Deren Alltag wurde von materiellen Nöten und der Sorge um die bürgerliche Existenz maßgeblich mitbestimmt. Abgesehen von den eigenen Schwierigkeiten war Dietrichs Wahrnehmung der Weimarer Zeit durch dieses soziale Umfeld, das aufgrund seines Wohlstands und seiner vielfältigen Kontakte eng an ihn gebunden war, entscheidend geprägt.

21 Die im folgenden vorgestellten Thesen und Ergebnisse, die naturgemäß vorläufigen Charakter haben, stützen sich in erster Linie auf die bisherigen Recherchen in Dietrichs Nachlaß. Darüber hinaus sollen Archivbestände im Bundesarchiv Berlin sowie im Generallandesarchiv Karlsruhe ausgewertet werden, die für Dietrichs Amtstätigkeit als Minister in Baden und im Reich von Interesse sind. Eine wichtige Quellengrundlage stellen außerdem die Nachlässe von politischen Freunden und Weggefährten dar.

22 Eine solche Methode hat Friedrich Lenger beispielhaft angewandt: Friedrich Lenger: Werner Sombart 1863-1941. Eine Biographie. München 1994.

23 Zur sozioökonomischen Heterogenität des Bürgertums Jürgen Kocka: Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten. In: Ders. (Hrsg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. München 1988, S. 11-76, hier bes. S. 11-14.

In Dietrichs Denken griff ein Krisenbewußtsein Platz, das wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Moderne negativ gegenüberstand.²⁴ Im „mobilen Großkapital“ erblickte er eine fundamentale Gefahr und plädierte für die Zerschlagung der Kartelle, Konzerne und Großbanken, deren dominierende Stellung ihm als eine maßgebliche Ursache der andauernden Konjunkturschwäche erschien.²⁵ Damit verband sich eine großstadtkritische Haltung. Er wollte Landflucht und Verstädterung zumindest teilweise revidieren und befürwortete die Ansiedlung von Arbeitern auf dem Land. Agrarromantische Züge finden sich zugleich in Dietrichs Lebensführung und Selbstverständnis: Er besaß ein großes Forstgut tief im Schwarzwald, das er als Zweitwohnsitz nutzte, betrieb auf einem gepachteten Hof bei Konstanz Weizenanbau und bezeichnete sich gar als „Bauer“. An seinem Beispiel lassen sich Ambivalenzen der Moderne festmachen: Die Skepsis gegenüber dem traditionell liberalen Vertrauen auf den Fortschritt und eine unbürgerlich anmutende Hinwendung zur Landwirtschaft stellen widersprüchliche Elemente in einer bürgerlich-liberalen Existenz dar.

Ambivalent war auch Dietrichs Einstellung zur Republik. Dem Parlamentarismus stand er ebenso distanziert gegenüber wie dem Pluralismus der modernen, von sozioökonomischen Gegensätzen geprägten Weimarer Gesellschaft. Wie viele Zeitgenossen orientierte er sich an einem Ideal der „Überparteilichkeit“ des Staates, das im Konstitutionalismus des Kaiserreiches wurzelte und mit einer kritischen Haltung gegenüber der starken Stellung der Parteien und ihrer interessenpolitischen Einflußnahme einherging.²⁶ Dietrichs wiederholt enttäuschte Erwartungen hinsichtlich der politischen wie der wirtschaftlichen Entwicklung nach 1918 gründeten in dem positiv besetzten „Erfahrungsraum“ des Kaiserreiches.²⁷ Die Hochkonjunktur der Vorkriegsjahre hatte er als erfolgreicher Bürgermeister im sich rasant entwickelnden Kehl miterlebt. Den Niedergang des politischen Liberalismus empfand er drastisch, weil Baden und speziell sein Wahlkreis Kehl vor dem Ersten Weltkrieg nationalliberale Hochburgen gewesen waren und diesen

24 Kritisch zu hinterfragen sind hier die Ergebnisse neuerer Forschungen, die den Konstruktionscharakter des Krisenbewußtseins in der Weimarer Republik betont und dabei die diskursgeschichtlichen Analysen weitgehend ohne Berücksichtigung materieller Lebenswirklichkeiten durchgeführt haben: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf/Per Leo: Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik. In: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters. Frankfurt a. M. 2005, S. 9-41.

25 So etwa in einer Reichstagsrede am 17.2.1927: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Bd. 392. Berlin 1927, S. 9048-9055.

26 Vgl. Andreas Wirsching: Koalition, Opposition, Interessenpolitik. Probleme des Weimarer Parteienparlamentarismus. In: Marie-Luise Recker (Hrsg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich. München 2004, S. 41-64.

27 Reinhart Koselleck: „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien. In: Ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a. M. 1979, S. 349-375.

Status in der Weimarer Republik schnell verloren. Als Anhänger der Monarchie lehnte Dietrich die Revolution ab und wähnte sich in den Weimarer Anfangsjahren unter der Herrschaft der Arbeiterklasse. Dennoch akzeptierte er die neue Staatsform und wurde schließlich zu einem überzeugten Verfechter der demokratischen Ordnung, der sich durch vehementes Eintreten für Kompromißbereitschaft in der politischen Zusammenarbeit hervortat. Auch in dieser Hinsicht machte sich die Erfahrung des Kaiserreichs bemerkbar, für einen Nationalliberalen auf besondere Weise: Die badischen Nationalliberalen hatten in den Jahren vor dem Weltkrieg, unter maßgeblichem Einfluß der reformorientierten Jungliberalen, denen Dietrich angehörte, einen vergleichsweise linksgerichteten Kurs verfolgt und im Rahmen der „Großblockpolitik“ mit der SPD zusammengearbeitet.²⁸ Dietrich war also durch einen auf politische Kooperation ausgerichteten Pragmatismus im späten Kaiserreich geprägt, wie er in verschiedenen Parteien für Politiker seiner Altersgruppe bestimmend war,²⁹ und kann geradezu idealtypisch als Vertreter einer „vernunftrepublikanischen Generation“³⁰ gelten.

Mit der Betrachtung Dietrichs als Politiker wird besonders die personale Ebene politischen (Inter-)Agierens in den Blick genommen. Dietrich zählte zu den nachdrücklichen Befürwortern einer bürgerlichen Sammlung in der Mitte des Parteienspektrums. Entsprechende Bestrebungen konzentrierten sich meist in kleineren Personenkreisen, weil sie in den Parteien für Kontroversen sorgten. Er war aber kein politischer Eigenbrötler wie jene parteilosen „Offiziere ohne Soldaten“,³¹ die letztlich zur Fraktionierung der politischen Landschaft beitrugen und sich zwischen alle Stühle setzten. Wenngleich er teilweise eine nationalliberale Position vertrat und die offizielle Parteipolitik häufig kritisch beurteilte, spielte er innerhalb der DDP nicht die Rolle eines Außenseiters. Das unterstreicht schon der Umstand, daß er in der Reichstagsfraktion, der er durchgehend bis 1933 angehörte, als Fachmann für Finanz-, Wirtschafts- und Agrarpolitik eine zentrale Rolle spielte. Als

28 Vgl. Jürgen Thiel: Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 bis 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Stuttgart 1976; Alastair P. Thompson: Left Liberals, the State, and Popular Politics in Wilhelmine Germany. Oxford u. a. 2000, S. 239-275.

29 Etwa die SPD-Politiker der „Generation Ebert“: Bernd Braun: Die „Generation Ebert“. In: Klaus Schönhoven/Ders. (Hrsg.): Generationen in der Arbeiterbewegung. München 2005, S. 69-86.

30 Andreas Wirsching: „Vernunftrepublikanismus“ in der Weimarer Republik. Neue Analysen und offene Fragen. In: Ders. u. a., Vernunftrepublikanismus (wie Anm. 14), S. 9-26, hier S. 18-20; zur neueren Beschäftigung mit dem Konzept der Generation vgl. z. B. die Beiträge in Jürgen Reulecke (Hrsg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert. München 2003.

31 So die kritische rückblickende Selbsteinschätzung Eugen Schiffers bezüglich der Liberalen Vereinigung: Eugen Schiffer: Ein Leben für den Liberalismus. Berlin 1951, S. 235.

Redner im Plenum trat er so oft wie kein anderer Demokrat in Erscheinung. Und schließlich war er ab 1930 Vorsitzender der Staatspartei. Karriere machte Dietrich über seine erfolgreiche Arbeit als Berufspolitiker innerhalb der Institutionen.

Gleichzeitig wurde sein politischer Alltag jedoch durch Elemente der Honorationenpolitik bestimmt: Er pflegte einen Handlungsstil, der den Stellenwert personenzentrierter Kommunikationsmuster in der Weimarer Republik akzentuiert und den biographischen Ansatz auch für diese Epoche, unbeschadet der Bedeutung der Parteipolitik, als zwar nicht „die“, aber doch *eine* „adäquate Form für die Darstellung originär liberaler Politik“³² erscheinen läßt. Einen beträchtlichen Teil seiner Arbeitszeit verwandte Dietrich auf die vertrauliche Kommunikation mit Einzelpersonen und das Agieren in liberalen Netzwerken.³³ So stand er in engem Kontakt zu den überparteilich ausgerichteten Zirkeln prominenter Persönlichkeiten, welche die Liberale Vereinigung und die „Front 1929“ trugen.³⁴ Obwohl er beiden Gruppierungen aus parteipolitischer Rücksichtnahme nicht beitrug, griff er ihnen finanziell unter die Arme, unterstützte sie publizistisch und machte sich hinter den Kulissen für ihr Ziel stark, eine große liberale Einheitspartei zu schaffen. Diese Idee versuchte Dietrich außerdem durch ein starkes Engagement im Pressewesen zu fördern. Auf Reichsebene und in Baden verfügte er über diverse Beteiligungen an Zeitungsverlagen und Korrespondenzbüros.³⁵ Dabei war er darauf bedacht, nicht offiziell als Teilhaber aufzutreten, um sich und die jeweiligen Organe nicht zu kompromittieren, und bedurfte deshalb der Unterstützung von privaten und politischen Freunden, die als Strohänner fungierten.

Auf dem Gebiet der Presse war Dietrich auch in anderer Richtung tätig. Er spielte eine zentrale Rolle in dem System staatlicher Pressefinanzierung, das Max Winkler, die „graue Eminenz des Zeitungswesens“, im Auftrag des

32 Karl Heinrich Pohl: Liberalismus und Bürgertum 1880-1918. In: Gall, Bürgertum (wie Anm. 7), S. 233-291, hier S. 244.

33 Zur Netzwerkanalyse vgl. Morten Reitmayer/Christian Marx: Netzwerkansätze in der Geschichtswissenschaft. In: Christian Stegbauer/Roger Häußling (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden 2010, S. 869-880; Dorothea Jansen: Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 3. Aufl. Wiesbaden 2006; eine empirische Gründlichkeit im Sinne soziologischer Ansätze kann freilich kaum geleistet werden, schon deshalb, weil gerade sehr enge Kontakte auf vornehmlich mündlichem Austausch in alltäglicher räumlicher Nähe beruhen können.

34 Die im März 1929 ins Leben gerufene Front 1929 fand, ebenso wie die Liberale Vereinigung, namhafte Unterstützung in DDP und DVP sowie unter parteilosen Intellektuellen. Sie verfolgte in erster Linie das Ziel, die jüngere Generation für den liberalen Sammlungsgedanken zu mobilisieren.

35 Vgl. zu Dietrichs Aktivitäten auf dem Gebiet der Presse knapp die – nicht fehlerfreien – Ausführungen bei Kurt Koszyk: Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse. Teil III. Berlin 1972, S. 143-149 u. 259-265.

Reiches und Preußens aufbaute.³⁶ Ab 1920 war er Vorsitzender des parlamentarischen Beirats der „Konkordia“, einer Tarngesellschaft, über die ursprünglich die deutschen Zeitungen in den „abgetrennten“ und besetzten Gebieten erhalten werden sollten. Dietrich begnügte sich nicht mit der Überwachung von Winklers Aktivitäten, sondern arbeitete bei der Übernahme und Kontrolle von zahlreichen Verlagen im In- und Ausland eng mit ihm zusammen. Da derartige Geschäfte geheim bleiben mußten, um innen- und außenpolitische Verwicklungen zu vermeiden, waren nur wenige Personen eingeweiht. Dieser Umstand verschaffte Dietrich ein hohes Maß an Handlungsfreiheit, wo immer er als Winklers Bevollmächtigter über die Verwendung der öffentlichen Mittel entscheiden konnte. Einerseits betrachtete er sich als überparteilichen Anwalt der republikanischen Staatsform und nationaler Interessen, wußte jedoch andererseits seine Position zur Förderung eigener politischer Ziele und zur Stärkung seines politischen Einflusses zu nutzen. Wiederholt vermittelte er erhebliche Zuwendungen an Blätter der DDP und stärkte dadurch seinen Rückhalt in Parteikreisen. Andere Zeitungen veranlaßte er zu einer freundlicheren Haltung gegenüber den Demokraten – und zu einer positiven Berichterstattung über sich selbst. Dabei genoß Dietrich die Rückendeckung Winklers, der ebenfalls der DDP angehörte. Außerdem kam ihm entgegen, daß Winklers Briefkastenfirmen immer neue Aufgabengebiete anvertraut wurden. So war Dietrich Mitte der 1920er Jahre auch an der Sanierung von auslandsdeutschen Banken und Unternehmen in der Tschechoslowakei, Österreich, Rumänien und Ungarn beteiligt und knüpfte systematisch Kontakte zu maßgebenden Persönlichkeiten in diesen Ländern. Auf ein besonders gut ausgebautes Beziehungsgeflecht, mit dem er seinen politischen Einfluß sicherte, konnte Dietrich sich in Baden stützen. Im Landesverband der DDP, dessen Vorsitzender er 1925 wurde, fußte seine Stellung zwar auch auf der umfangreichen Parteiarbeit, die er alltäglich leistete – organisatorisch, als Redner, und, in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter, durch die Erledigung von Eingaben aus dem Wahlkreis. Vor allem aber war er Teil eines Netzwerks, das sich vornehmlich aus ehemaligen Nationalliberalen zusammensetzte, die seit langem miteinander bekannt oder befreundet waren. Unter ihnen befanden sich viele, die nach 1918 die Politik der DDP mit Argwohn verfolgten, Dietrichs politischen Kurs hingegen befürworteten. Mithilfe dieser Gefolgschaft brachte Dietrich sukzessive die badische DDP unter Kontrolle und setzte dort unter anderem Annäherungsversuche an die DVP durch. Die Finanzierung der Partei und mehrerer ihr nahestehender Provinzblätter hing maßgeblich von ihm und seinem politischen

36 Winklers Aktivitäten in der Weimarer Republik sind noch nicht eingehend untersucht worden. Einen Überblick bietet Helga Wermuth: Dr. h.c. Max Winkler – ein Gehilfe staatlicher Pressepolitik in der Weimarer Republik. Diss. München 1975; nach 1933 setzte Winkler seine Tätigkeit im Auftrag des NS-Regimes fort.

Freundeskreis ab. Gleichzeitig platzierte er an zentralen Stellen der Parteiorganisation zuverlässige Mitstreiter. Dadurch war es ihm möglich, vom fernen Berlin aus die Vorgänge in Baden, nicht selten unter Umgehung von Parteigremien, zu dirigieren.

Dietrich pflegte ferner Beziehungen zu Persönlichkeiten außerhalb des liberalen Spektrums. Durch seine langjährige und kontinuierliche Präsenz als Reichstagsabgeordneter in Berlin war er fest in die „High Society“ der Hauptstadt eingebunden. Gemeinsam mit seiner zweiten Frau Marta, der Witwe des Theologen Ernst Troeltsch, bewohnte er ein repräsentatives Haus. Dort fanden regelmäßig größere gesellschaftliche Zusammenkünfte statt, zu denen – neben reichlich Prominenz aus Presse und Ministerialbürokratie, Wirtschaft und Wissenschaft – zahlreiche führende Politiker von der SPD bis hin zur DNVP geladen waren: Bei den Bekanntschaften, die Dietrich infolge der gemeinsamen parlamentarischen Arbeit mit Abgeordneten anderer Parteien schloß, handelte es sich nicht selten um mehr als nur politisch nützliche Kontakte. Unter anderem entstanden in der Weimarer Zeit persönliche Freundschaften mit Rudolf Breitscheid, Heinrich Brüning und Gottfried Treviranus, die lange über das Jahr 1933 hinaus Bestand hatten. Hier läßt sich beispielhaft vor Augen führen, wie offen die politische Kultur in der Reichshauptstadt auf der Ebene der personalen Kommunikation war, und wie innerhalb, aber auch außerhalb des Reichstages eine „soziale Integration“ über Parteigrenzen hinweg vorstatten ging.³⁷

37 Thomas Mergel: *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*. Düsseldorf 2002, S. 123-138.

„[...] dass die Kommunalpolitik eine weit grössere Rolle spielt, als man vielfach angenommen hat.“¹ – Kommunalpolitik in der Deutschen Volkspartei während der Weimarer Republik

Das Schlagwort von der liberalen Selbstverwaltungstradition des 19. Jahrhunderts ist ein weit bekannter und etablierter Begriff.² Aber wie sieht es mit der kommunalpolitischen Betätigung der liberalen Parteien während der Weimarer Republik aus?

Bereits zu Zeiten des Kaiserreichs konnten Zentrums- und Sozialdemokratie in die lange Zeit als liberale Festung geltende kommunale Selbstverwaltung vordringen und sich dort etablieren.³ Mit der Gründung der Weimarer Republik begann insbesondere für die Liberalen ein neuer Abschnitt. Mit der Deutschen Volkspartei (DVP) und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) entstanden zwei neue liberale Parteien, von denen sich die DVP explizit in die Nachfolge der Nationalliberalen Partei des Kaiserreichs stellte. Neben organisatorischen Strukturen hatte die Deutsche Volkspartei mit der Nationalliberalen Partei insbesondere die ideellen Vorstellungen und Prinzipien gemein.⁴ Doch wie wirkte sich dies auf die kommunalpolitische Betätigung der DVP aus? Gab es eine nahtlose Fortsetzung der nationalliberalen Kommunalpolitik oder war mit den veränderten politischen

1 Schreiben des DVP-Wahlkreisgeschäftsführers Krüger an die Ortsgruppen des Wahlkreises Düsseldorf-West und die Vorsitzenden der Ausschüsse nach den Kommunalwahlen am 17. November 1929. In: Bundesarchiv (BArch), Abteilung Berlin, R 45 II/ 155. Der vorliegende Aufsatz ist in Anlehnung an die Dissertation der Verfasserin entstanden: Stephanie Günther: Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik. Marburg 2011.

2 Siehe u.a. Heinrich Heffter: Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen. 2. überarbeitete Aufl. Stuttgart 1969. Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt/Main 1988. Lothar Gall: Das liberale Milieu. Die Bedeutung der Gemeinde für den deutschen Liberalismus. In: Liberalismus und Gemeinde. Sankt Augustin 1991, S. 17–33.

3 Gisela Upmeyer: Kommunalpolitische Normen: Das neue politische Verständnis der kommunalen Selbstverwaltung. In: Karl-Heinrich Hansmeyer (Hrsg.): Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Zeit. Stuttgart et al. 1973, S. 19–23, hier S. 21. Wolfgang Stump: Geschichte und Organisation der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei in Düsseldorf 1917–1933. Düsseldorf 1971, S. 10.

4 Ursula Schelm-Spangenberg: Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig. Braunschweig 1964, S. 21.